

Interreligiöses Dialogzentrum in Wien gegründet

Die Außenminister von Österreich, Spanien und Saudi-Arabien haben am 13. Oktober in Wien den Gründungsvertrag für das "Internationalen König Abdullah Zentrum für Interreligiösen und Interkulturellen Dialog" unterzeichnet. Die drei Staaten starteten damit offiziell die Aufbauphase einer neuen internationalen Organisation, die ein Dialogforum für die Weltreligionen bieten soll.

Initiator der Einrichtung, die ihren Sitz in einem Wiener Innenstadtpalais haben wird, ist der saudiarabische König Abdullah, der auch die Anschubfinanzierung leistet.

Am Gründungsfestakt in der Wiener Albertina nahmen zahlreiche Religionsvertreter, Politiker und Diplomaten teil, unter ihnen mit Kardinal Jean-Louis Tauran und Erzbischof Pier Luigi Celata die Spitzenvertreter des päpstlichen Rates für den interreligiösen Dialog. Die Österreichische Bischofskonferenz wurde durch den Priester und Diplomaten Michael Weninger, die Erzdiözese Wien von Dechant Martin Rupprecht vertreten. Neben dem orthodoxen Metropoliten Michael Staikos und dem evangelisch-reformierten Landesuperintendenten Thomas Hennefeld kam u.a. auch der neue Präsident der Islamischen Glaubensgemeinschaft, Fuat Sanac, zu der Gründungsfeier.

Der Erfolg des Zentrums werde davon abhängen, inwieweit man sich auf einen "tiefschürfenden Dialog" einlasse, sagte Außenminister Spindlberger. Alle Religionen seien zur Teilnahme eingeladen. "Es ist ein Zentrum der Weltreligionen und kein privates Missionszentrum. Es kann nicht als Propagandazentrum für einen Vertragsstaat oder für einzelne religiöse Richtungen missbraucht werden", stellte der Außenminister fest.

Der Gründungsvertrag: Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit

Im Gründungsvertrag für das neue Zentrum werden unter Verweis auf die UN-Menschenrechtsdeklaration ausdrücklich die Rechte auf Gedankenfreiheit sowie Freiheit des Gewissens und der Religion bekräftigt. Das König-Abdullah-Zentrum solle der weltweiten Förderung von Religionsfreiheit dienen, meinte denn auch der saudische Minister.

"Genau dafür ist das Zentrum gegründet worden", sagte al-Faisal auf Journalistenanfrage, ohne näher auf die Situation in Saudi-Arabien einzugehen.

Dem Aufsichtsrat der neuen Organisation werden insgesamt bis zu zwölf Vertreter der fünf großen Weltreligionen angehören. Vorgesehen sind mindestens drei Muslime (zwei Sunniten, ein Schiit), drei Christen (je ein Vertreter der Katholiken, Anglikaner und Orthodoxen), ein Buddhist, ein Hindu und ein Jude. Als katholischer Vertreter dürfte Msgr. Khaled Akasheh vom Päpstlichen Rat für den Interreligiösen Dialog in das Direktorium entsendet werden.

Als weiteres Organ des Dialogzentrums ist ein "Advisory Board" vorgesehen. Diesem beratenden Gremium sollen hundert Personen der fünf Weltreligionen und anderer Glaubensgemeinschaften sowie Wissenschaftler und Vertreter der Zivilgesellschaft angehören.

Vor der Inbetriebnahme des Zentrums muss das völkerrechtliche Abkommen zwischen Österreich, Spanien und Saudi-Arabien noch vom österreichischen Nationalrat genehmigt werden und der Gründungsvertrag anschließend ratifiziert werden. Seinen Vollbetrieb wird das neue Zentrum erst im kommenden Jahr aufnehmen können. Standort soll ein Wiener Innenstadt-Palais werden, das derzeit noch renoviert wird.

Vatikan betont Beobachterstatus

Kurienkardinal Tauran bestätigte gegenüber "Kathpress", dass der Heilige Stuhl um einen Beobachterstatus in der neuen internationalen Organisation ansuchen werde. Der Vatikan wolle die Entwicklung der neuen Organisation genau verfolgen. Interreligiöser Dialog sei eine Angelegenheit der Religionen, erinnerte Tauran. Im neuen Dialogzentrum dürften politische und religiöse Aspekte nicht vermischt werden.

Dass sich das Gründungsabkommen des König-Abdullah-Zentrums auch auf die Menschenrechtsdeklaration der Vereinten Nationen und insbesondere auf die darin enthaltene Glaubensfreiheit bezieht, bezeichnete Kardinal Tauran angesichts

der Situation für Nicht-Muslime in Saudi-Arabien als "mutigen Ansatz". Das Zentrum könne dazu beitragen, dass Saudi-Arabien die Regelungen zur Religionsfreiheit im Land an internationale Standards anpasse.

Wesentlich für den Erfolg aller interreligiösen Initiativen seien jedenfalls die konkreten Auswirkungen für den praktischen Alltag von Gläubigen. Tauran: "Meine Erfahrung ist, dass wir auf dem Level der Eliten gute und akzeptable Ergebnisse erzielen; aber diese Ergebnisse erreichen oft nicht die Straße."

Vor der Unterzeichnung des Gründungsvertrags wurden neben den Stimmen von Befürwortern auch jene von Kritikern des Projekts laut. Sie äußerten Zweifel wegen der vom Wahhabismus geprägten Politik in Saudi-Arabien.

Pfarrer Martin Rupprecht, offizielle Kontaktperson zwischen Kirchenleitung und der neuen Organisation sprach sich allerdings für eine "nüchterne Betrachtung und sachliche Begleitung" der Aufbauphase des Projekts aus. Meinungen, wonach ein wahabitisches Zentrum in Wien entstehen würde, teile er nicht.

Treffen zwischen Papst Benedikt XVI und König Abdullah im Vorfeld

Im November 2007 besuchte König Abdullah als erster saudischer Monarch und "Hüters der islamischen heiligen Stätten Mekka und Medina" den Papst in Rom. Das spektakuläre Treffen fand nur rund ein Jahr nach der umstrittenen "Regensburger Rede" Benedikts XVI. und kurz nach der Veröffentlichung der Botschaft "A Common Word between Us and You" statt, in der 138 muslimische Theologen und Rechtsgelehrte einen christlich-muslimischen Dialog über die beiden Hauptgebote der Gottes- und Nächstenliebe vorgeschlagen hatten.

Das Gesprächsklima zwischen Muslimen und Katholiken sei gerade nach dem Brief der 138 Islam-Gelehrten entspannter, hieß es damals aus Riad; aus Sicht des saudischen Königs sei es angebracht, das Christen und Muslime gemeinsam eine Friedensbotschaft für die Menschheit lancierten.

Nach der Papstaudienz erfolgte die Initiative des saudischen Königshofs zu strukturierten Dialogkonferenzen zuerst in Mekka (Juni 2008) und dann in Madrid (Juli 2008) - auch unter Einbeziehung des Judentums. Bei einem weiteren Treffen in der Wiener Hofburg (Juli 2009) wurde u.a. die Errichtung des jetzt gegründeten "Internationalen Zentrums für den interreligiösen Dialog" beschlossen.

Rabbiner Rosen: Beeindruckt vom Plan

Der Leiter des "American Jewish Committee's Department of Interreligious Affairs" (AJC-DIA) und Berater des israelischen Oberrabbinats, Rabbiner David Rosen, der das Judentum im Aufsichtsrat des Dialogzentrums vertritt, sagte, die Unterstützung des Plans der Saudis sei wichtig.

Den Saudis sei es vor allem um die katholische Kirche gegangen, so der AJC-DIA-Chef. "Konsequenterweise mussten sie aber auch einen jüdischen Vertreter mit dabei haben. Sie einigten sich auf mich - obwohl ich als Israeli für die Saudis bestimmt kein einfacher Fall bin." Es habe daraufhin innerjüdisch heftige Kritik gegen seine Kooperation mit Riad gegeben. Er könne die Kritik nachvollziehen, aber sie sei kurzsichtig.

Wichtig sei, dass die interimistische Leitung des Instituts durch einen saudischen Regierungsvertreter bald beendet werde, so der Rabbiner: "Sollte es dabei bleiben, dann wäre das wirklich ein Grund zur Sorge. Wir werden ein Gründungsdokument erarbeiten, und darin soll stehen, dass das Institut völlig unabhängig sein wird und dass die Leitung des Instituts bei uns, den Board-Mitgliedern, liegen wird. Sollten die Saudis diese Selbstverpflichtung nicht einhalten, dann werden wohl die meisten von uns ihre Mitarbeit beenden."

Man müsse auch bedenken, dass in der islamischen Welt Saudi-Arabien nicht einfach nur irgendein islamischer Staat sei, sondern jener Staat, wo sich der heiligste Schrein befindet. "Saudi-Arabien ist das Muttergestein des Islam, wenn Sie so wollen. Wenn also dieser Staat sich bei diesem Prozess engagiert, dann ist das aus unserer aller Sicht nur zu befürworten."

Wien, 13.10.11 (nach KAP)